

Hauptausgabe

Aargauer Zeitung
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'282
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 6
Fläche: 25'616 mm²

Das Volk soll bei der Armee nicht mitreden dürfen

VON DENNIS BÜHLER

Verordnung statt Gesetz Anders als der Bundesrat wollen die Sicherheitskommissionen des Parlamentes die Weiterentwicklung der Armee nicht dem Referendum unterstellen.

Es war eine eigentliche Zäsur: Erstmals in der Geschichte der Schweiz fiel am 18. Mai letzten Jahres eine reine Armeevorlage beim Volk durch. Die Ablehnung der Beschaffung der Gripen-Kampffjets war auch ein Misstrauensvotum gegen Verteidigungsminister Ueli Maurer und ein Beleg dafür, dass heutzutage selbst eine in ihrer Existenz weitestgehend unbestrittene Institution wie die Armee die mit ihr verbundenen hohen Ausgaben zu rechtfertigen hat. Und an der Urne scheitern kann, wenn ihr dies nicht gelingt.

«Keine Angst vor dem Volk»

Gestern, exakt ein Jahr und einen Tag nach der historischen Armee-Schlappe, trat Thomas Hurter in Bern vor die Medien. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Berufspilot präsentierte, wie sich die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrates die Weiterentwicklung der Armee vorstellt. Schnell wurde klar: Auf die Zustimmung der Be-

völkerung vertraut man lieber nicht mehr. Anders, als es der Bundesrat vorgeschlagen hatte, will die SIK die Armeeorganisation und -grösse nicht ins Gesetz integrieren, sondern wie bisher in einer Verordnung regeln. Somit wären diese beiden grundlegenden Punkte dem Referendum entzogen, das Volk könnte sich nicht dazu äussern.

Aus Angst, es könnte wie im Mai 2014 die Gefolgschaft verweigern? «Nein», sagt Hurter. «Wir haben keine Angst vor dem Volk. Aber wir sind der Überzeugung, dass nur die wichtigsten Eckwerte der Weiterentwicklung der Armee auf Gesetzesstufe geregelt sein sollten.» Für die Details der Organisation genüge eine Verordnung, zumal eine solche einfacher allfälligen neuen Bedürfnissen angepasst werden könne.

Die Grösse der Armee möchte die nationalrätliche SIK nicht antasten: Sie soll, wie vom Bundesrat beantragt und vom Ständerat bereits genehmigt, 100 000 Angehörige umfassen. Anträge für eine Verkleinerung auf 80 000 respektive eine Vergrösserung auf 140 000 Mann wurden abgelehnt.

In anderen Punkten beantragt die Kommission ihrem Rat, anlässlich der kommenden Sommersession anders zu entscheiden als der Ständerat. So entschied sie knapp mit 13:12 Stimmen,

das Armeebudget ins Gesetz zu schreiben. Zwar will sie wie die Kleine Kammer und entgegen dem Willen des Bundesrats in den nächsten vier Jahren nicht nur 19,5, sondern 20 Milliarden Franken für die Armee ausgeben, sprich 5 Milliarden pro Jahr. Doch nach dem Willen der nationalrätlichen SIK soll es sich dabei nicht um einen Höchst-, sondern um einen Mindestbetrag handeln. Mit der Festschreibung im Gesetz soll die Armeefinanzierung möglichst von zukünftigen Sparbemühungen ausgeklammert werden.

Bei WKs soll alles gleich bleiben

Einen grossen Teil der Beratung des Geschäfts nahm die Diskussion über die Wiederholungskurse (WK) in Anspruch, verriet Hurter. Auch hier möchte die SIK eine andere Lösung als Stände- und Bundesrat - und alles gleich belassen wie bisher. So soll es nun doch wieder sechs statt fünf WK geben, die jeweils drei Wochen dauern. Die Regierung hatte die Kurse von drei auf zwei Wochen verkürzen wollen und der Ständerat in der Frühjahrsession dafür votiert, die Anzahl von sechs auf fünf zu verringern. Unbestritten war hingegen die von 21 auf 18 Wochen verkürzte Rekrutenschule. Geht es nach der SIK, muss jeder Dienstpflichtige also auch in Zukunft rund 260 Diensttage absolvieren.

Noch nicht diskutiert hat die Kommission den neuesten Wunschzettel von Verteidigungsminister Maurer, den der «Blick» diese Woche publik gemacht hatte. Zusätzlich zum bereits geplanten Rüstungsprogramm will Maurer weitere 1,1 Mrd. Franken investieren (siehe Ausgabe von gestern).



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 6
Fläche: 16'342 mm²

Sicherheit / Armee

Es soll bei sechs WKs bleiben

Kommission berät über Armee

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK) drückt aufs Gas. Während 25 Stunden hat sie über die Weiterentwicklung der Armee beraten. Denn das Geschäft soll möglichst noch vor den nationalen Wahlen im Oktober abgeschlossen sein: «Wir wollen endlich Planungssicherheit schaffen, damit die Armee zur Ruhe kommt», erklärte SiK-Präsident Thomas Hurter gestern vor den Bundeshausmedien. Ansonsten beginne nach der neuen Zusammensetzung des Parlaments allenfalls vieles nochmals von vorne, ergänzte der Schaffhauser SVP-Nationalrat.

Dennoch: Das Geschäft wird mit Sicherheit noch zu reden geben. Denn nach den vorhergehenden Beratungen von Bundesrat und Ständerat hat die SiK einiges nochmals umgekrempelt. So beantragt die Kommission beispielsweise nun doch sechs statt nur fünf Wiederholungskurse. Die Anzahl der Diensttage würde damit etwa gleich bleiben wie heute. Der Bundesrat wollte die Wiederholungskurse ursprünglich von drei auf zwei Wochen verkürzen. Das lehnte der Ständerat in der Frühlingssession ab: Die WKs sollen drei Wochen dauern, dafür müssen nur fünf absolviert werden. Damit wären total rund 245 Diensttage geleistet worden.

Von einer Verkürzung will die SiK aber nichts wissen. Sie beantragt, dass sechs Wiederholungskurse zu je drei

Wochen zu leisten sind. Mit fünf WKs sei der Armeeauftrag kaum zu erfüllen, meinte Hurter. Zudem wären die Abstände zwischen den einzelnen Wiederholungskursen zu gross. Die zusätzlichen Kosten von rund 20 Millionen Franken pro Jahr seien «durchaus verkraftbar». Unbestritten war in der SiK dagegen die auf 18 Wochen verkürzte Rekrutenschule. Damit würden wie heute rund 260 Diensttage geleistet.

Es bleibt bei 100 000 Soldaten

Für Diskussionen sorgte auch der Sollbestand der Armee, allerdings blieb die SiK am Ende bei dem vom Bundesrat beantragten Sollbestand von 100 000 Armeeingehörigern. Anträge für eine Verkleinerung auf 80 000 respektive einer Vergrösserung auf 140 000 Armeeingehörige wurden abgelehnt. Mit weniger Angehörigen könne die Armee ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, sagte Hurter. Eine Vergrösserung dagegen wäre zwar wünschenswert, sei aber nicht finanzierbar.

Wie der Ständerat will die Nationalratskommission Armeebestand und -organisation in einer Verordnung regeln. Das gehöre nicht in ein Gesetz. Damit könnte sich aber das Volk nicht mehr dazu äussern. Dagegen möchte die SiK den Ausgabenplafond für die Armee ins Gesetz schreiben. Wie der Ständerat will sie in den nächsten vier Jahren nicht nur 19,5 Milliarden, sondern 20 Milliarden für die Armee ausgeben, also fünf Milliarden im Jahr. Mit der geplanten Reform soll die Armee kleiner werden, aber voll ausgerüstet und rasch mobilisierbar sein – «also grundsätzlich besser», kommentierte Hurter.



Blick
8008 Zürich
044/ 259 62 62
www.blick.ch
Sicherheit / Armee

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 163'627
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.217
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 3
Fläche: 15'647 mm²



Bern – Der Einkaufszettel von Verteidigungsminister Ueli Maurer (Bild) ist bereits ellenlang (BLICK berichtete). Er dürfte aber noch wachsen. Grund: Gestern hat die Sicherheitskommission des Nationalrats (SiK) entschieden, dass **die Armee mindestens ein Transportflugzeug für Friedenseinsätze beschaffen muss**. Maurer ist darob nicht in Champagnerlaune. Er steht dem Geschäft aus Kostengründen kritisch gegenüber. **Und warb sogar für ein Flugzeug-Sharing mit Österreich. Ein Tabubruch!** Für SiK-Präsident Thomas Hurter (SVP) bleibt die Finanzierung des Flugzeugs denn auch ein Knackpunkt: «Gemäss SiK-Ent-



scheid kommt das Geld aus der VBS-Kasse. Die Frage, **wo diese Mittel eingespart werden können, dürfte wohl noch für Debatten sorgen.**» Diskussionsstoff liefert die SiK auch mit ihrem Entscheidung zur Weiterentwicklung der Armee: **Sie will Soldaten auch künftig sechs Mal für dreiwöchige Wiederholungskurse** anbieten. Der Bundesrat hatte sich für eine «wirtschaftsfreundliche» Lösung (sechs Mal zwei Wochen) ausgesprochen. Der Ständerat favorisierte fünf Mal drei Wochen. Warum so viele WK? «Fünf WK à drei Wochen reichen einfach nicht, um den Auftrag zu erfüllen», sagt Hurter.

Christoph Lenz



Corriere del Ticino
6903 Lugano
091/ 960 31 31
www.cdt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 36'478
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 7
Fläche: 16'644 mm²

Sicherheit / Armees

Esercito **Sei corsi e non cinque**

La commissione del Nazionale approva la riforma – Sì all'aereo da trasporto

■ Anche se con maggiori resistenze, avanza al Nazionale la riforma dell'Esercito approvata in marzo dagli Stati. Con una maggioranza risicata di 12 a 11, la Commissione della politica di sicurezza ha detto sì al progetto che garantisce alle forze armate un budget annuo di 5 miliardi di franchi fino al 2020. Per il presidente Thomas Hurter (UDC/SH), questa soluzione dà migliori garanzie quanto a pianificazione delle spese e degli investimenti per la truppa. L'esercito del futuro sarà ridotto, ma più efficiente, meglio armato e formato. La commissione si è pure espressa per un'armata di 100 mila effettivi. Le proposte per abbassare o innalzare il numero di soldati sono state respinte. Quanto ai corsi di ripetizione, anche in futuro dovrebbero durare tre settimane (invece delle due proposte dal Consiglio federale). Diversamente dagli Stati, tuttavia, la commissione si è pronunciata per sei corsi di ripetizione invece di cinque. Il nu-

mero dei giorni di servizio non cambierebbe rispetto ad oggi. La scuola reclute verrebbe ridotta a 18 settimane. Al pari degli Stati, l'organo parlamentare vuole che il numero di effettivi e l'organizzazione dell'esercito vengano regolati da un'ordinanza e non da una legge, per evitare che su questi aspetti venga lanciato un referendum.

Comincia a farsi largo l'idea di acquistare uno o più aerei da trasporto militari da impiegare in missioni di promozione della pace e di cooperazione internazionale. Con 16 voti contro 5 sono state accettate due mozioni in questo senso del Consiglio degli Stati. L'acquisto di due aerei da trasporto era stato respinto nel programma d'armamento 2004. L'anno scorso, la Confederazione aveva dovuto rinunciare ad intervenire nel quadro di missioni all'estero per la mancanza di un'infrastruttura di trasporto, rileva la consigliera agli Stati vodese (PS) Géraldine Savary. Ora la Svizzera deve noleg-

giare più volte alla settimana un aereo spagnolo per trasportare uomini e mezzi in Kosovo, dove è presente in una missione di mantenimento della pace. La commissione ha pure adottato una mozione con la quale chiede al Governo di presentare entro l'anno prossimo un masterplan per la sicurezza a lungo termine dello spazio aereo, dopo il rifiuto popolare dei Gripen.



MENO SCUOLA

La durata della SR verrebbe ridotta a 18 settimane.

(Foto Archivio CdT)



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 114'209
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 11
Fläche: 20'129 mm²

Sicherheit / Armee

Armeebudget soll betoniert werden

Die Sicherheitskommission will das Militär gegen Sparmassnahmen immunisieren

Im Rahmen der Armee reform WEA schlägt die Nationalratskommission ein Novum vor. Sie will das Armeebudget im Gesetz festschreiben und damit gegen künftige Sparpakete schützen.

hü. Bern · 5 Milliarden Jahresbudget und 100 000 Mann Sollbestand: Diese zwei Zahlen bilden die Eckwerte der geplanten Armee reform, seit das Parlament vor vier Jahren einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss überwiesen hat. Seither hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit diese Eckwerte gegen alle Angriffe, Kritik und Kürzungsanträge verteidigt.

Jetzt geht die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats einen Schritt weiter: Sie will künftigen Kürzungsanträgen von vorneherein den Riegel schieben. Die Kommission beantragt, im neuen Militärgesetz ein Armeebudget von «mindestens 5 Milliarden Franken pro Jahr» zu verankern. Eine solche Gesetzesbestimmung würde das Militärbudget gegen künftige Sparpakete immunisieren. Im Unterschied zu anderen Bundesaufgaben

könnte das Armeebudget im Rahmen der jährlichen Budgetberatung nicht mehr angetastet werden.

Sechs statt fünf WK

Der Entscheid war umstritten: Er fiel mit 13 gegen 12 Stimmen, mit Stichtscheid des Kommissionspräsidenten Thomas Hurter (svp., Schaffhausen). Hurter bestätigt, dass ein Budgetminimum für einen Aufgabenbereich «ein finanzpolitisches Novum» wäre. Die Kommission wolle damit für die Armee «eine bessere Planungssicherheit erreichen» und sie «bei kommenden Sparpaketen stärken». Denn die Erfahrung zeige, dass die Armee bei Sparpaketen oftmals besonders stark zur Kasse gebeten werde.

Ihren Beschluss hat die Kommission im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee (WEA) gefasst. Bei der generellen Stossrichtung dieser Armee reform folgt die Kommission weitgehend den Anträgen des Bundesrats, ergänzt um gewisse Anpassungen, die der Ständerat im März vorgenommen hatte. So will die Nationalratskommission wie schon der Ständerat drei statt zwei mechanisierte Brigaden. Abweichende Beschlüsse

fasst die Nationalratskommission ausser bei den Finanzen auch bei der Zahl der Wiederholungskurse. Der Bundesrat wollte, dass künftig jeder Soldat 18 Wochen Rekrutenschule und sechs WK à zwei Wochen absolvieren sollte; total wären dies 225 Dienstage. Der Ständerat entschied sich aber für fünf WK à drei Wochen, und die Nationalratskommission legt die Latte nun nochmals höher: Sie will sechs WK à drei Wochen. Im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats müssten alle Soldaten demnach rund 40 Dienstage mehr leisten.

Keine Ombudsstelle

Retuschen nimmt die Kommission auch bei der Armeeorganisation vor. Der Bundesrat wollte die Heeresführung und das Kommando der Luftwaffe unter einem Kommando Operationen zusammenfassen. Nun sollen die Kommandanten der beiden Teilstreitkräfte im Organigramm wieder nach oben rutschen und direkt dem Chef der Armee unterstellt werden. Nichts wissen will die Sicherheitskommission zudem von einem Sorgenonkel für die Armeeangehörigen. Für die geplante Ombudsstelle sieht die Kommission keinen Bedarf.



Hauptausgabe

Die Südostschweiz
7007 Chur
081/ 255 50 50
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 33'654
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 8
Fläche: 58'728 mm²

Sicherheit / Armee



Sollen die Soldaten in fünf oder sechs WKs zu den Waffen greifen? In dieser Frage ist die Sicherheitskommission anderer Meinung als der Ständerat. Bild: Archiv

Das Volk soll bei der Armee nicht mitreden dürfen

Anders als der Bundesrat wollen die Sicherheitskommissionen des Parlaments die Weiterentwicklung der Armee nicht dem Referendum unterstellen. Weil sie nach der Gripen-Ablehnung Angst vor dem Volk haben?

von Dennis Bühler

Es war eine eigentliche Zäsur: Erstmals in der Geschichte der Schweiz fiel am 18. Mai letzten Jahres eine reine Armeevorlage beim Volk durch. Die Ablehnung der Beschaffung der Gripen-Kampffjets war auch ein Misstrauensvotum gegen Verteidigungsminister Ueli Maurer und ein Beleg, dass heutzutage selbst eine in ihrer Existenz weitestgehend unbestrittene Institution wie die Armee die mit ihr verbundenen hohen Ausgaben zu rechtfertigen hat. Und an der Urne scheitern kann, wenn ihr dies nicht gelingt.

Gestern, exakt ein Jahr und ein Tag nach der historischen Armee-Schlap-

pe, trat Thomas Hurter in Bern vor die Medien. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Berufspilot präsentierte, wie sich die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Nationalrates die Weiterentwicklung der Armee vorstellt. Schnell wurde klar: Auf die Zustimmung der Bevölkerung vertraut man lieber nicht mehr. Anders, als es der Bundesrat vorgeschlagen hatte, will die SIK die Armeeorganisation und -grösse nicht ins Gesetz integrieren, sondern wie bisher in einer Verordnung regeln. Somit wären diese beiden grundlegenden Punkte dem Referendum entzogen, das Volk könnte sich nicht dazu äussern.

Aus Angst, es könnte wie im Mai 2014 die Gefolgschaft verweigern? «Nein», sagt Hurter. «Wir haben keine Angst vor dem Volk. Aber wir sind der Überzeugung, dass nur die wichtigsten Eckwerte der Weiterentwicklung der Armee auf Gesetzesstufe geregelt sein sollten.» Für die Details der Organisation genüge eine Verordnung, zumal eine solche einfacher allfälligen neuen Bedürfnissen angepasst werden könne.

«Kein stehendes Heer»

Die Grösse der Armee möchte die nationalrätliche SIK nicht antasten: Sie soll wie vom Bundesrat beantragt und vom



Hauptausgabe

Die Südostschweiz
7007 Chur
081/ 255 50 50
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 33'654
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 8
Fläche: 58'728 mm²

Sicherheit / Armee

Ständerat bereits genehmigt 100 000 Angehörige umfassen. Anträge für eine Verkleinerung auf 80 000 respektive eine Vergrößerung auf 140 000 Mann wurden abgelehnt. Eine Vergrößerung wäre zwar wünschenswert, aber nicht finanzierbar, so Hurter. In anderen Punkten beantragt die Kommission ihrem Rat, anlässlich der kommenden Sommersession anders zu entscheiden als der Ständerat. So entschied sie knapp mit 13:12 Stimmen, das Armeebudget ins Gesetz zu schreiben. Zwar will sie wie die Kleine Kammer und entgegen dem Willen des Bundesrats in den nächsten vier Jahren nicht nur 19,5, sondern 20 Milliarden Franken für die Armee ausgeben, sprich fünf Milliarden pro Jahr. Doch nach dem Willen der nationalrätlichen SIK soll es sich dabei nicht um einen Höchst-, sondern um einen Mindestbetrag handeln. Mit der Festschreibung im Gesetz soll die Armeefinanzierung möglichst von zu-

«Die Weiterentwicklung der Armee soll noch vor den Wahlen abgeschlossen sein.»

Thomas Hurter

SVP-Nationalrat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission künftigen Sparbemühungen ausgeklammert werden.

Bei WK soll alles gleich bleiben

Einen beträchtlichen Teil der insgesamt 25-stündigen Beratung des Geschäfts nahm die Diskussion über die Wiederholungskurse (WK) in Anspruch, verriet Hurter. Auch hier möchte die SIK eine andere Lösung als Stände- und Bundesrat – und alles gleich belassen wie bisher. So soll es nun doch wieder sechs statt fünf WK geben, die jeweils drei Wochen dauern. Die Regierung hatte die Kurse von drei auf zwei Wochen verkürzen wollen und der Ständerat in der Frühjahrsession dafür votiert, die Anzahl von sechs auf fünf zu verringern.

Noch nicht diskutiert hat die Kommission den neuesten Wunschzettel von Verteidigungsminister Maurer, den der «Blick» diese Woche publik gemacht hatte. Zusätzlich zum bereits geplanten Rüstungsprogramm will Maurer weitere 1,1 Milliarden Franken investieren. Maurer erhebt nun also Anspruch auf jene Mittel, die ihm das Volk beim Gripen-Nein vor genau einem Jahr vorenthielt.

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 9
Fläche: 28'595 mm²

Sicherheit / Armee

Armee Das Volk lehnte Kampfjets ab. Und das Parlament beschafft Drohnen. *Von Josef Lang**

Gripen - ein Jahr danach

Vor einem Jahr ist erstmals seit 1957 eine Militärvorlage abgestürzt. Zwar waren sich alle einig, dass das Nein zur Beschaffung neuer Kampfjets kein Ja zur Abschaffung der Armee bedeutete. Doch war das Nein auch mehr als ein simples Nein gegen ein Milliarden-geschäft. Wertefragen spielten am 18. Mai 2014 eine erhebliche Rolle. Das beweisen Gräben, die typisch für Identitätskonflikte sind: Während die Deutschsprachigen - sehr knapp - den Kauf der 22 Gripen befürworteten, wurde dieser von zwei Dritteln der Romands abgelehnt. Die ländliche Schweiz (53% Ja) wurde von den Städten (62% Nein) überstimmt. Ähnlich erging es den Veteranen über 65, die für einmal den Jungen zwischen 18 und 40 unterlagen. Auch zwischen den Männern, die zu 53 Prozent für die Kampfjets stimmten, und den Frauen, die zu 58 Prozent gegen sie waren, zeigte sich ein grosses Gefälle.

Es war ein klares Nein der Romands, der Städter, der Frauen und der Jungen. Und es birgt für die Zukunft politisches Dynamit. Denn die vom VBS aufgegleiste Minireform namens «Weiterentwicklung der Armee» berücksichtigt die Abstimmungssieger so gut wie nicht. Selbst der bundesrätliche Armeebericht 2010 beschrieb die Armee als viel zu gross. Nun wird sie effektiv um weniger als ein Fünftel verkleinert. Der Personalbestand der Schweizer Armee bleibt

fast so hoch wie der des deutschen Bundesheers. Unsere Volkswirtschaft hat wegen des Ausfalls von Millionen Arbeitsstunden weiterhin massive Kosten zu tragen.

Völlig quer zum Volksentscheid liegen das VBS, die Offiziersgesellschaft und die Rechtsbürgerlichen auch bei der Finanzfrage. Wenige Monate nach dem Sparentscheid des Souveräns beschloss das Parlament eine Erhöhung des zukünftigen Militärbudgets auf 5 Milliarden. Für dieses Jahr plant das VBS gleich zwei Rüstungsprogramme, die 1,6 Milliarden kosten könnten. Beide beinhalten neben den Kosten auch politischen Zündstoff. Zum Ersten plant die Armee den Kauf israelischer Drohnen. Das ist doppelt heikel: Da die Schweizer Armee zukünftig schwergewichtig im Innern eingesetzt werden soll, stellt sich die Frage der Überwachung. Und als Lieferant wählt unser Land damit einen Staat, welcher das Völkerrecht systematisch und die Menschenrechte häufig verletzt. Ebenso umstritten ist die ebenfalls traktandierete Beschaffung von zwei Transportflugzeugen. Nicht zuletzt seit ruchbar geworden ist, dass sie zur Ausschaffung von Flüchtlingen dienen könnten. Seither ist die Vorlage auch bei jenen Linken, die militärische Auslandseinsätze befürworten, ins Trudeln geraten.

Man könnte einwenden, die Stimmung in der Bevölkerung sei im

Laufe der letzten zwölf Monate aufgrund der Krisen in der Ostukraine und im Nahen Osten gekippt. Allerdings fand die russische Besetzung der Krim schon vor der Gripen-Abstimmung am 18. Mai statt - sie hatte keinen spürbaren Einfluss. Und die Entspannung zwischen den USA und dem Iran dürfte in den meisten Köpfen mindestens so stark wirken wie die Gewalteskalation des Islamischen Staates oder des **Eine Armee, die so wenig Rücksicht auf die Wirklichkeit nimmt, wird in der Krise bleiben.**

Assad-Regimes. Und was die Aufrüstung der Golfstaaten betrifft, denken viele Bürger zuallererst an die eigene Exportindustrie: die Mowag-Panzer, Pilatus-Flugzeuge und anderen Waffen, welche die Schweiz den dortigen Regimes geliefert hat.

Das Festhalten an einem Masseneheer und die Erhöhung der Rüstungsausgaben stehen auch quer zu den westlichen Ländern, die Armeen und Budgets in den letzten Jahren verkleinert haben. Weltweit sind die Militärausgaben 2014 laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut Sipri das dritte Jahr in Folge zurückgegangen. Zudem sind in unserem Land die realen Risiken und Gefahren, insbesondere die Klimaerwärmung, ziviler Natur. Eine Armee, die so wenig Rücksicht nimmt auf die Wirklichkeit und auf die Romands, die Städter, die Frauen sowie die Jungen, wird in der Krise bleiben, in der sie seit bald 30 Jahren steckt.

**Josef Lang ist Vorstandsmitglied der GSoA und Vizepräsident der Grünen Schweiz.*



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'282
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 22
Fläche: 12'026 mm²

Sicherheit / Armee

KOMMENTAR Scheindebatten um die Armee

Eine richtungsweisende Reform ist es wahrlich nicht, was uns Verteidigungsminister Ueli Maurer mit der «Weiterentwicklung der Armee» vorlegt. Anstatt grundsätzlich zu diskutieren, auf welche konkrete Bedrohungen die Armee Antworten finden muss, werden Grabenkämpfe um Bestand, Budget sowie Anzahl und Dauer der Wiederholungskurse ausgetragen. Als würde es einen Unterschied machen, ob Soldaten künftig fünf- oder sechsmal in den WK einrücken müssen. Als wäre es ein Zeichen



von Stefan Schmid

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats will sechs WK à je drei Wochen

militärischer Stärke, ob dieser zwei oder drei Wochen dauert. Das ist Hans was Heiri: Nichts als von Nostalgie und Tradition geprägte Scheindebatten im Windschatten der Nato, die letztlich für die Sicherheit der Schweiz besorgt ist.

Die Schweizer Armee ist, man muss es dringend vermuten, in einem ziemlich desolaten Zustand. Die Mobilmachung funktioniert nicht mehr. Das teure FIS Heer, das Kommunikations-Führungsinstrument für die Truppe, ist kaum einsatztauglich. Und die Soldaten vergeuden ihre Zeit in ineffizienten Wiederholungskursen. Anstatt über fünf oder sechs WK zu diskutieren, müsste die Anzahl Durchdiener endlich erhöht werden. Die Schweiz braucht in Zeiten, in denen in Europa Grenzen mit hybrider Kriegsführung infrage gestellt werden, Mittel, die rasch und professionell eingesetzt werden können. Und sie ist auf vermehrte Kooperationen mit den Nachbarstaaten angewiesen. Die Bedrohungslage ändert sich schneller, als viele Experten seit Jahren prognostizieren. WK-Einheiten, die sich

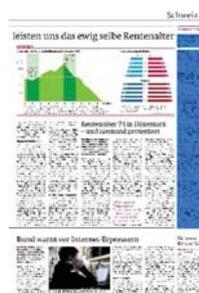
einmal pro Jahr zum freudigen Wiedersehen treffen, sind ein Relikt aus vergangenen Zeiten.

@ stefan.schmid@azmedien.ch

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 45'945
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.203
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 15
Fläche: 13'399 mm²

Wie Bürgerliche im Ernstfall sparen

Im Bundeshaus laufen die Vorbereitungen für einen Präventivschlag erster Güte. Frühzeitig wappnet sich die bürgerlich dominierte Sicherheitskommission des Nationalrats gegen den Spareifer des bürgerlich dominierten Parlaments. Sie setzt ungewöhnliche Waffen ein. Die Kommission will kurzerhand im Gesetz festschreiben, dass der Bund für die Armee in den nächsten Jahren jeweils mindestens 5 Milliarden Franken ausgeben muss – 300 Millionen mehr als im Budget 2015.

Das ist eine etwas rabiate, aber effektive Strategie. Ist der Etat der Armee im Voraus im Gesetz zementiert, lässt sich später in der Budgetdebatte nicht mehr daran herumschrauben. Diese Taktik dürfte gewiss hier und dort Nachahmer finden.

Warum fällt die Sicherheitskommission diesen Entscheid? «Weil die Armee bisher bei Sparpaketen immer überproportional stark betroffen war», sagt die Vizepräsidentin, FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Die Aargauerin lässt durchblicken, dass es der Mehrheit darum geht, die Armee von weiteren Kürzun-

gen auszunehmen. Diese werden bereits im Budget 2016 unausweichlich sein.

Machen sich die Bürgerlichen nicht unglaublich, wenn sie ständig vom Sparen reden, dann aber ganze Bereiche davon ausnehmen? «Natürlich wird das Kritik geben», räumt Eichenberger ein. Aber der Bund solle jetzt zuerst einmal in anderen Bereichen sparen.

Zum Beispiel im öffentlichen Regionalverkehr? Hier will der Bundesrat die Ausgaben 2016 nicht erhöhen, wie dies geplant war, sondern auf dem Niveau von 2015 belassen. Dies machte das Bundesamt für Verkehr kürzlich von sich aus publik und warnte vor einer «Finanzierungslücke im zweistelligen Millionenbereich». Wetten, dass sich die entsprechende Kommission demnächst entschieden dagegenstellen wird? Genauso wie gegenwärtig die Kulturkommission gegen Kürzungen in ihrem Bereich weibelt und sogar noch mehr ausgeben will als der Bundesrat.

Was lernen wir daraus? 1. Die, die am Sonntag vom Sparen reden, sind nicht zwingend die, die am Montag nicht doch lieber mehr ausgeben. 2. Von den Beschützern der Armee können sogar die Bauern noch etwas lernen. *Fabian Schäfer*